

HINTERGRUNDPAPIER

29.08.2013

SLĚZYNA

Kurzstellungnahme zur forsa-Umfrage „Die Lausitzer und die Braunkohle“

Im folgenden sollen Anmerkungen zu ausgewählten Aspekten der im Auftrag der IGBCE entstandenen forsa-Umfrage „Die Lausitzer und die Braunkohle“ gemacht werden. Dabei zeigt sich erstens, dass die abgefragte Meinung der Bevölkerung bereits zuvor von der Braunkohlenlobby massiv beeinflusst wurde. Zweitens erfolgte die Befragung in wesentlichen Teilen nicht ausgewogen. Dennoch sind drittens einige Umfrageergebnisse kohlekritischer als von der IGBCE in der Öffentlichkeit dargestellt.

Die Umfrage erfasst kein unbeeinflusstes Meinungsbild.

Berücksichtigt man die Kampagnen von IGBCE, Vattenfall und des Vereins „Pro Lausitzer Braunkohle“ in den vorangegangenen Monaten, stellt die Umfrage keinesfalls ein unbeeinflusstes und auf objektiver Information beruhendes Meinungsbild der Lausitzer Bevölkerung dar:

- ✦ So waren die abgefragten Vorurteile gegen Braunkohlenkritiker wenige Wochen vor der Befragung von der IGBCE selbst massiv gestreut worden. In einem in der zweiten Maihälfte flächendeckend durch Postwurf verbreiteten Flyer („Werde laut fürs Revier“) hatte die IGBCE Kohlekritiker pauschal als „selbst ernannte Umweltschützer und Gutmenschen“ bezeichnet, die „in Stuttgart, Hamburg oder Frankfurt/Main weit weg von den Sorgen der Lausitzer“ seien.
- ✦ Zuvor hatte Vattenfall über viele Monate in der Lausitz in großformatigen Zeitungsanzeigen und Großflächenplakaten für „Lausitzer Braunkohle“ geworben, die dabei als „Garant für sichere Energieversorgung“, „Partner für den Energie-Mix der Zukunft“ und „Motor der Region“ dargestellt wurde. Anderen Meinungen standen solche massive Werbemöglichkeiten in der Lausitz zu keinem Zeitpunkt zur Verfügung.
- ✦ Nicht zuletzt wäre auch die Frage zu diskutieren, inwieweit die regionalen Lausitzer Medien über die Argumente der Befürworter und Kritiker neuer Tagebaue ausgewogen informiert und berichtet haben. Hieran bestehen erhebliche Zweifel.

Bei der forsa-Umfrage handelt es sich offensichtlich eher um eine Erfolgskontrolle zur monatelangen Manipulationen der öffentlichen Meinung. Die Pressearbeit der IGBCE dazu zeigt, dass sie selbst zur Weiterführung dieser Manipulation genutzt werden soll.

Der „Anteil der Braunkohle an der Stromerzeugung“ wird von deutlich mehr Lausitzern über- als unterschätzt. (Er liegt real bei etwa 24-25 %, was forsa nicht erwähnt.) Auch das kann die Folge von Werbe- und Imagekampagnen der Lausitzer Kohlewirtschaft und nicht zuletzt des Auftraggebers IGBCE sein und wirft auch die Frage auf, ob die regionalen Medien ein realistisches Bild von der Bedeutung der Braunkohle vermitteln. Es ist gut vorstellbar, dass diese

Überschätzung der aktuellen Bedeutung des Braunkohlestroms eine Mitursache für die angegebene Zustimmung zu diesem Energieträger ist. Das wird von forsa jedoch nicht diskutiert.

Die Umfrage ist in Teilen hoch manipulativ.

Die gesamte Umfrage vermeidet die Erwähnung der konkret von Umsiedlung bedrohten Dörfer. Es ist vorstellbar, dass die Bewertung der Befragten sich geändert hätte, wenn sie sich zu konkreten statt abstrakten Folgen der Braunkohlenwirtschaft äußern müssten.

Positive und negative „Assoziationen zur Braunkohle“ liegen in der Darstellung von forsa gleich auf. Dabei wurde allerdings die „Umsiedlung von Dörfern“ zur neutralen Assoziation erklärt. Ordnet man das realistischer Weise den negativen Assoziationen zu, überwiegen diese deutlich. Hier liegt bereits ein deutlicher Verdacht auf Manipulation vor.

Die 13 eher positiven und nur 2 eher negativen Aussagen, die den Befragten zur Bewertung vorgelegt wurden, sind eindeutig weder zahlenmäßig noch inhaltlich ausgewogen. Während die Pro-Aussagen jeweils konkrete Pro-Argumente transportieren und dabei Fakten und Bewertungen vermischen, sollte auf der Kontra-Seite fertigen Bewertungen zugestimmt werden, ohne dass mögliche Argumente vorher zur Sprache kamen. Wäre er ausgewogen, hätte dieser Fragenkomplex beispielsweise die Themen Bergschäden, Heimatverlust, Lärm, Staub, Zerschneidung von Wegebeziehungen, Rutschungen, Verockerung der Spree o.ä. ansprechen müssen. Diese tendenziöse Art der Fragestellung kann auch Auswirkungen auf die Beantwortung weiterer Fragen haben. Es ist nicht ersichtlich, welche anderen Fragen vorher und welche danach gestellt wurden.

Ähnlich tendenziös ist die Befragung bei der „Abschaltung aller Kohlekraftwerke“. Mit der Antwort „Nein“ wird den Befragten eine Begründung mitgeliefert, zur Antwort „Ja“ dagegen nicht.

Die Frage, ob Gegner neuer Tagebaue „Berufsprotestierer, die von außerhalb kommen“ sind, entlarvt die Befragung endgültig als Propaganda, mit der Menschen mit anderen Meinungen die Legitimation abgesprochen werden soll. Die logische Folge wäre eigentlich die Frage, ob aus Lausitzer Kohle nur Strom für Lausitzer gemacht werden sollte. Merkwürdigerweise fehlt sie, als Stromkunden sind Menschen „von außerhalb“ offenbar gut genug. Zudem handelt es sich beim Auftraggeber IG BCE selbst vermutlich um diejenige Organisation, die in der Debatte um neue Tagebaue die meisten Demonstranten während deren Arbeitszeit - also quasi als „Berufsdemonstranten“ - mobilisiert, während Betroffene und andere Kritiker lediglich in ihrer Freizeit demonstrieren können. Davon soll die Frage offenbar gezielt ablenken.

Die letzte ausgewertete Frage

„Den Kritikern der Braunkohle in der Lausitz geht es eher um die Interessen der Region / geht es eher um die Durchsetzung der persönlichen Vorstellungen.“

ist nicht logisch nachvollziehbar. Jeder, der sich für die Interessen einer Region einsetzt, tut das nach seinen persönlichen Vorstellungen. Der Widerspruch zwischen beidem ist konstruiert und für eine Befragung nicht tauglich. Lediglich persönlicher materieller Vorteil könnte als Gegensatz zu einem kollektiven Interesse angesehen werden. Dies wurde aber vermieden, vermutlich weil der materielle Vorteil bei Befürwortern (oft Beschäftigten) der Braunkohleindustrie tatsächlich eine viel größere Rolle spielt, als bei den Kritikern.

Auch in der Langfassung der Studie findet sich keine Darstellung, warum welche 19 Gemeinden des Kreises Bautzen und 22 Gemeinden des Kreises Görlitz ausgewählt und die anderen Gemeinden ausgeschlossen wurden. Die Bezeichnung des Befragungsgebietes als „Lausitz“ steht auch deshalb in Zweifel, weil die Landkreise Elbe-Elster und Dahme-Spreewald vollständig ausgeschlossen waren. Diese Abgrenzung des Untersuchungsgebietes kann bereits massive Auswirkungen auf die Ergebnisse haben und ist entsprechend manipulationsanfällig. Es kommt der Verdacht auf, dass gezielt Kreise und Gemeinden mit nennenswertem Anteil an Beschäftigten der Braunkohlenwirtschaft ausgewählt wurden, um ein entsprechendes Bild von „Lausitz“ zu zeichnen. Sowohl eine Ausdehnung auf die gesamte Lausitz als auch eine Begrenzung auf die von direkten Tagebaufolgen betroffenen Gebiete hätte vermutlich die Befragungsergebnisse verändert.

Trotz der genannten Effekte tritt eine Reihe kohlekritischer Ergebnisse zutage.

Unter „Nutzung herkömmlicher Energiearten“ zeigen die Zahlen deutlich, wie die Zustimmung zur Braunkohle bei jüngeren Menschen abnimmt und bei den über 60jährigen am höchsten ist. Es ist nicht auszuschließen, dass Energieversorgung aus Gewohnheit (man kennt es nicht anders) bzw. Nostalgie (man selbst oder Verwandte/Bekannte haben lange in der Kohle gearbeitet) mit Braunkohle in Verbindung gebracht wird. Ein ähnlicher Unterschied zeigt sich, wenn auch schwächer, bei der Frage der Bedeutung der Braunkohle für die Lausitz.

Unter „Vor- und Nachteile einzelner Energiearten“ sieht eine klare Mehrheit der Befragten bei Solarenergie, Windkraft, Wasserkraft und Erdgas mehr Vor- als Nachteile. Bei der Braunkohle sieht bereits eine knappe Mehrheit mehr Nachteile. Das könnte man als Statement der Lausitzer für Gas als Brückentechnologie interpretieren, was forsä wie IGBCE freilich unterließen.

Das forsä-Institut ist offenbar unter dem Druck der Auftraggeber nicht in der Lage, die Ergebnisse neutral zu interpretieren und bezeichnet negative und kritische Diskussionen zur Braunkohle als „Diskreditierung“, um damit den Teil der Befragungsergebnisse zu marginalisieren, der nicht im Sinne des Auftraggebers IGBCE ist:

„Angesichts der Diskreditierung der Braunkohle in Teilen der öffentlichen und politischen Diskussion in Deutschland wird die Braunkohle generell trotz aller ihr zugeschriebener Bedeutung für die zukünftige Energieversorgung partiell auch kritisch gesehen.“

Damit bezeichnet forsä letztlich den wissenschaftlichen Konsens der Klimawandelforschung und die Klimaschutzziele von EU und Bundesregierung als „Diskreditierung“. Eine derartige Wertung der Ergebnisse spricht für eine klassische Gefälligkeitsstudie.

Diese kurzfristig erstellte Stellungnahme erhebt keinen Anspruch auf Vollständigkeit.

Dipl.-Ing. (FH) René Schuster
Mitglied des Braunkohlenausschusses des Landes Brandenburg